



WWF Österreich
Ottakringer Straße 114-116
1160 Wien
Österreich

Tel.: +43 1 488 17-0
E-Mail: naturschutz@wwf.at
Web: www.wwf.at

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK)
Radetzkystraße 2, 1030 Wien
Ergeht via E-Mail an v2@bmk.gv.at; begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Wien, am 8. Juni 2021

Mehrweg-Quoten ambitioniert gestalten, flächendeckendes Einweg-Pfand umsetzen

WWF-Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 geändert wird (AWG-Novelle Kreislaufwirtschaftspaket)

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die der WWF Österreich als anerkannte Umweltschutzorganisation gerne wahrnimmt. Wir begrüßen die grundsätzlichen Ziele des vorgelegten Entwurfs, sehen allerdings noch großen Verbesserungsbedarf, damit die AWG-Novelle in der Praxis die notwendige Wirkung entfalten kann. **Besonders wichtige Eckpunkte sind die Verankerung ambitionierter Absatz-Quoten für Mehrweg-Verpackungen sowie die Einführung eines Pfandsystems auf Wegwerf-Getränkeverpackungen. Ein rascher Ausbau der Mehrweg-Angebote entlang eines verbindlichen Stufenplans und ein flächendeckendes Einweg-Pfand würden sich laut zahlreichen Studien ideal ergänzen.** Um die EU-Ziele¹ zu erreichen und darüber hinaus wieder zum internationalen Vorreiter bei Mehrweg-Angeboten zu werden, braucht es jedenfalls ein gut gemachtes Paket. Damit verschwenden wir insgesamt weniger Ressourcen und reduzieren den achtlos weggeworfenen Müll in unserer Natur.

Mehrweg-Ziele und Mehrweg-Quoten verbessern

Repräsentative Umfragen für Österreich zeigen, dass die Menschen Mehrweg-Produkte befürworten, aber solange deren Angebot im Regal ein Minderheiten-Programm bleibt, wird sich am Konsumverhalten nur sehr wenig ändern. Auch die bisherigen Selbstverpflichtungen der Wirtschaft haben nicht den gewünschten Effekt erzielt. Anfang der 1990er Jahre lag der Mehrweg-Anteil bei Flaschen noch bei 80 Prozent, ist aber bis heute auf nur mehr rund 19 Prozent abgestürzt. Daher ist es grundsätzlich richtig und sinnvoll, Mehrweg-Quoten verpflichtend zu verankern. Allerdings greifen die gemäß Entwurf geplanten Quoten erst mit jahrelanger Verzögerung und sind viel zu schwach, um die umweltschädliche Verpackungsflut im notwendigen Ausmaß zurückzudrängen. Daher sind vor allem zwei Verbesserungen dringend notwendig: **Anstatt auf die angebotenen Artikel abzustellen, sollte sich die Mehrweg-Quote als rechtsverbindliche Absatz-Quote auf die tatsächlich verkauften Gebinde beziehen. Dies würde eine effiziente Kontrollierbarkeit der Maßnahme sicherstellen und Anreize für attraktive Konditionen setzen. Parallel dazu sollte das im Entwurf genannte Ziel von 25 Prozent bis 2025 in einen früher startenden Stufenplan mit deutlich ambitionierteren Zielen umgewandelt werden.** Beide Punkte, also Quoten und Zielwerte, sollten jedenfalls gesetzlich verankert sein.

Ein gut gemachtes Paket würde die ökologische Lenkungswirkung der AWG-Novelle sicherstellen und eine langfristige Planungssicherheit für alle erfassten Branchen gewährleisten. In diesem Sinne sind für

¹ Die Single-Use-Plastics-Richtlinie sieht vor, dass Getränkeflaschen aus Kunststoff bis 2025 zumindest zu 77 Prozent und bis 2029 zumindest zu 90 Prozent getrennt gesammelt und recycelt werden müssen. Derzeit liegt die entsprechende Sammelquote in Österreich aber nur bei 70 Prozent.

Zielverfehlungen auch wirksame Sanktionen vorzusehen, die deutlich höher ausfallen müssen als bisher geplant. Damit verbunden sollte die Bundesregierung unbedingt noch präzisieren, wie die auf den verschiedenen Ebenen eingenommenen Gelder (Unterschreiten der Zielwerte, Pfandschlupf²) im Sinne der Allgemeinheit eingesetzt werden. Aus Umwelt-Sicht empfehlen wir eine Zweckwidmung für konkrete Maßnahmen zur Abfallvermeidung sowie für Mehrweg-Systeme. Als weitere Begleitmaßnahme sind wissenschaftlich abgesicherte qualitative Anforderungen für die Wiederverwendung (zum Beispiel für die Zahl der Mindestumläufe) zu definieren, um die Vorteile der Mehrweg-Gebinde für die Umwelt zu optimieren.

Einweg- und Mehrweg-Angebote besser kennzeichnen

Transparenz ist ein entscheidender Faktor für eine informierte Kauf-Entscheidung. Daher sollten sowohl Einweg- als auch Mehrweg-Getränkeverpackungen verpflichtend mittels einheitlicher, klar erkennbarer Zeichen am Produkt selbst sowie am Regal erkennbar gemacht werden. Dies würde nicht nur eine bewusstere Auswahl im Supermarkt ermöglichen, sondern auch die richtige Rückgabe erleichtern und insgesamt effizienter machen.

Mehrweg-Pflicht auf Take-Away-Bereich ausweiten

Einwegprodukte und Verpackungen müssen in allen Bereichen verbindlich verringert werden, um den Ressourcenverbrauch zu reduzieren und die Kreislaufwirtschaft anzukurbeln. Als eine wirkungsvolle Maßnahme sollte der Take-Away-Bereich inklusive der Lieferdienste verpflichtet werden, neben Einweg- auch Mehrweg-Verpackungen für Speisen und Getränke ohne Aufpreis anzubieten. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang die Verankerung eines Rechtsanspruchs der Kundinnen und Kunden auf das Befüllen selbst mitgebrachter Behälter für Essen und Getränke.

Pfandsystem für Einweg-Getränkeverpackungen umsetzen

Ein ausgeklügeltes Pfandsystem für Dosen und Plastikflaschen spart wertvolle Ressourcen und würde allein schon aufgrund seiner Signalwirkung das achtlose Wegwerfen von Müll (Littering) eindämmen. Gerade Einweg-Getränkeverpackungen werden häufig unterwegs konsumiert und landen daher auch oft in der Natur oder am Straßenrand. Neben der Umweltverschmutzung entstehen hohe Aufräumkosten für die öffentliche Hand. Laut einer von der Bundesregierung beauftragten wissenschaftlichen Studie³ wäre ein Pfandsystem überdies die volkswirtschaftlich kostengünstigste Variante, um die EU-Vorgaben zu erfüllen. Auch viele internationale Beispiele zeigen, dass nur Länder mit einem Einweg-Pfandsystem die geforderten hohen Sammelquoten erreichen. **Daher sollte Österreich möglichst rasch ein umfassendes und flächendeckendes Pfandsystem für Einweg-Getränkeverpackungen einführen.** In diesem Sinne muss die im geltenden AWG verankerte Ermächtigung zur „Einhebung eines Pfandbetrages“ umgehend konkretisiert und umgesetzt werden. Das hilft nicht nur der Umwelt, sondern wäre auch im Sinne der langfristigen Investitions- und Planungssicherheit für die Wirtschaft.

Abfalltransporte umweltfreundlich auf die Schiene verlagern

Aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes begrüßen wir das Vorhaben, Abfalltransporte stärker über die Schiene abzuwickeln. Ergänzend zu den Verpflichtungen der AWG-Novelle sind hier auch in anderen Materien noch zahlreiche Verbesserungen notwendig, um deutlich mehr Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern.

Mit freundlichen Grüßen,

Mag. Volker Hollenstein
Politische Leitung
WWF Österreich

² Länder wie Dänemark verwalten Einnahmen aus dem Pfandschlupf zentral und investieren in Ressourcen-Schutzprojekte.

³ Technisches Büro Hauer, Universität für Bodenkultur, Montanuniversität Leoben: Möglichkeiten zur Umsetzung der EU-Vorgaben betreffend Getränkegebinde, Pfandsysteme und Mehrweg, Jänner 2021. Abrufbar unter: <https://bit.ly/3wWbeJl>